

**Antrag: Einrichtung von einer Stelle im SSBS
zur 4. Sitzung des 28. StudentInnenparlaments der HU Berlin am 10.12.2020**

Antragstellende: Finanzreferat (finanzen@refrat.hu-berlin.de)

Beschlussvorlage

Das StudentInnenparlament richtet im RefRat zum 01.01.2019 eine Stelle à 40 Stunden pro Monat in Anlehnung an den TV Stud III zur Erhaltung der Enthinderungsberatung.

Mit der Umsetzung wird der RefRat beauftragt.

Finanzielle Auswirkungen

Im Jahr 2021 fallen unter der Annahme von durchschnittlich 15 % Lohnkosten und voller Beschäftigung während 12 Monaten Kosten von insgesamt rund 7.000 € an.

Begründung

Liebes StuPa,

die Auseinandersetzung um TV stud bzw TVL hat, wie ihr wisst, auch Auswirkungen auf das SSBS (Studentisches Sozialberatungssystem) gehabt. Nach Verhandlungen mit der Universitätsleitung konnten die meisten Stellen im SSBS erhalten werden, in der Enthinderungsberatung fiel jedoch eine Stelle weg, da sie vormals von der Universität etatisiert wurde. Da wir es für politisch notwendig erachten, betroffenen Studierenden weiterhin eine Beratung anbieten zu können, möchten wir euch bitten, über eine Neueinrichtung positiv zu entscheiden.

Die Enthinderungsberatung berät Studenten*innen wie Abiturient*innen mit chronischer Erkrankung und/oder Behinderung u. a. zu folgenden Themen:

- eingeschränkte Studier- und Prüfungsfähigkeit
- Nachteilsausgleiche für Prüfungs- und Studienleistungen
- technische und personelle Integrationshilfen
- längerfristige Unterbrechung des Studiums und Wiedereinstieg
- Finanzierung im Urlaubssemester und im Teilzeitstudium
- Promotion
- Erasmus / Auslandssemester
- Vernetzung mit anderen betroffenen Studenten*innen

- Zulassung zum Studium (u.a. Härtefallantrag)

- Umgang mit Lehrenden, mit dem Immatrikulationsbüro, Prüfungsausschuss, etc.
- barrierefreie und nicht-barrierefreie Gebäude an der HU

Mit besten Grüßen
Finanzreferat

Antrag: Einrichtung von einer Stelle im SSBS

zur 4. Sitzung des 28. StudentInnenparlaments der HU Berlin am 10.12.2020

Antragstellende: Finanzreferat, Antifa-Referat (finanzen@refrat.hu-berlin.de, antifa@refrat.hu-berlin.de)

Beschlussvorlage

Das StudentInnenparlament richtet im RefRat zum 01.01.2019 eine Stelle à 40 Stunden pro Monat in Anlehnung an den TV Stud III zur Schaffung einer Antisemitismusberatung ein.

Mit der Umsetzung wird der RefRat beauftragt.

Finanzielle Auswirkungen

Im Jahr 2021 fallen unter der Annahme von durchschnittlich 15 % Lohnkosten und voller Beschäftigung während 12 Monaten Kosten von insgesamt rund 7.000 € an.

Begründung

Liebes StuPa,

Außerdem haben wir Überlegungen angestellt, wie wir als Verfasste Studierendenschaft von Antisemitismus betroffenen Studierenden zur Seite stehen können und haben uns deswegen dazu entschlossen, euch um die Neueinrichtung einer Antisemitismus-Beratung zu bitten. Antisemitische Angriffe häufen sich und machen auch vor dem Seminarraum nicht halt. In Chatgruppen im Hochschulkontext wurden in jüngster Vergangenheit antisemitische und den Holocaust verherrlichende Sticker geteilt sowie israelische Kommiliton*innen mit obsessiven Fragen traktiert.

Betroffenen Studierenden möchten wir beratend zur Seite stehen und antisemitischen und rechtsextremen Umtrieben jeglicher Ausprägung entschieden entgegenzutreten. Die genaue Ausgestaltung soll in enger Zusammenarbeit mit betroffenen Studierenden und etablierten Institutionen, wie beispielsweise RIAS (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus), erfolgen. Da bislang an keiner Universität deutschlandweit ein solches Beratungsangebot besteht, soll nach einem Jahr eine professionelle Evaluation erfolgen. In Anbetracht der vermuteten hohen Dunkelziffer antisemitischer Vorfälle, soll die Beratung eine niedrigschwellige Möglichkeit zur Ersthilfe bieten.

Mögliche Beratungsthemen können sein:

- geschichtsrevisionistische und/oder antisemitische Lehrinhalte
- geschichtsrevisionistisches und/oder antisemitisches Verhalten von Dozierenden und Kommiliton_innen
- Memes, Sticker, Plakate in Chatgruppen im Hochschulkontext oder auf dem Campus
- Prozessberatung
- Dokumentation und Austausch mit anderen Dokumentationsstellen (z.B. RIAS, Berliner Register)

- Vermittlung an psychologische und juristische Beratungsangebote
- auf Wunsch der Betroffenen Veröffentlichung der Vorfälle, um zum Beispiel Solidarisierungsprozesse anzustoßen

Mit besten Grüßen

Antifa-Referat

Finanzreferat